



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 27. und 28. Sitzung, Amtsjahr 2012-2013

Mittwoch, den 12. Dezember 2012, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Daniel Goepfert, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär
Regine Smit, II. Ratssekretärin*

Abwesende:

12. Dezember 2012, 09:00 Uhr
27. Sitzung *Markus Benz (GB), Alexander Gröflin (SVP), Patrick Hafner (SVP),
Christophe Haller (FDP), Markus Lehmann (CVP), Greta Schindler (SP),
Daniel Stolz (FDP), Mehmet Turan (SP), Patricia von Falkenstein (LDP).*

12. Dezember 2012, 15:00 Uhr
28. Sitzung *Andreas Albrecht (LDP), Beat Fischer (EVP), Sebastian Frehner (SVP),
Alexander Gröflin (SVP), Christophe Haller (FDP), Markus Lehmann (CVP),
Thomas Müry (LDP), Greta Schindler (SP), Daniel Stolz (FDP),
Patricia von Falkenstein (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|----|--|----|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung. | 2 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte. | 4 |
| 3. | Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für eine Subvention an den Verein Budget- und Schuldenberatung Basel für die Fachstelle Plusminus für die Jahre 2013 - 2016 | 5 |
| 4. | Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Schweizerischen Rheinhäfen (IGPK Rheinhäfen) zum Bericht des Regierungsrates über das Geschäftsjahr 2011 der Schweizerischen Rheinhäfen. Partnerschaftliches Geschäft | 6 |
| 5. | Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2011. Partnerschaftliches Geschäft | 8 |
| 6. | Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für Betriebskostenbeiträge an die Basler Freizeitaktion BFA für den Betrieb der Freizeithalle Dreirosen für die Jahre 2013 bis und mit 2015 | 9 |
| 7. | Bericht Ermächtigung des Regierungsrates zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt bis zum Betrag von CHF 4'000'000'000 | 10 |

8.	Ausgabenbericht für die Realisierung des gemeinsamen Auftrittes von Basel, Bern, Genf und Zürich im Schweizer Pavillon an der World Expo 2015 in Milano	11
9.	Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für eine ausserordentliche Erhöhung der Betriebsbeiträge an das Stadtkino Basel / Landkino / Verein Le Bon Film für die Jahre 2013 - 2014 in der laufenden Subventionsperiode 2011 - 2014	12
10.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P294 "Hände weg vom U-Abo"	13
11.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P295 "Kein Asylheim an der Feldbergstrasse!"	14
13.	Motion Sebastian Frehner betreffend Senkung der Netto-Schuldenquote auf 6 Promille	14
14.	Anzüge 1 - 11	15
12.	Neue Interpellationen.	17
14.	Anzüge 1 - 11	18
15.	Beantwortung der Interpellation Nr. 102 Rudolf Vogel betreffend Einsatz der Mobilen Abfallpolizei in Basel-Stadt	23
16.	Beantwortung der Interpellation Nr. 105 Christine Heuss betreffend Medienausbildungszentrum (MAZ) nach Basel	23
17.	Beantwortung der Interpellation Nr. 110 Patrick Hafner betreffend Baustellenlärm auch über Mittag	24
18.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend beschleunigter Bau von Sonnenkollektoren auf Basler Hausdächern	24
19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Greentech Bau: Ansiedlung eines Wirtschaftsklusters für ökologisches Bauen und energetisches Sanieren	24
20.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend gezielte Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz	24
21.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martina Saner und Konsorten betreffend verbesserten Zugang zu öffentlichen Angeboten für Personen mit IV-Rente	25
22.	Beantwortung der Interpellation Nr. 106 Christoph Wydler betreffend Grösse des Overheads im Erziehungsdepartement	25
23.	Beantwortung der Interpellation Nr. 112 Brigitta Gerber zur Verleumdung von schweizerischen Universitätsprofessoren und -professorinnen durch die Weltwoche im Oktober 2012	26
24.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Salome Hofer und Konsorten betreffend Sportstättenplanung	26
25.	Beantwortung der Interpellation Nr. 111 Ernst Mutschler betreffend Informations-Broschüre der Fachstelle Stadtteilentwicklung	26
26.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christophe Haller und Konsorten betreffend Herbstmesse ins Gundeldinger Quartier	27
27.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Dieter Werthemann und Konsorten betreffend Revision des Leistungsauftrags für die Kaserne	27
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	29
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	33
	Anhang C: Neue Vorstösse	35

Beginn der 27. Sitzung

Mittwoch, 12. Dezember 2012, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[12.12.12 09:00:08, MGT]

Mitteilungen

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Rücktritte von Richterinnen und Richtern

Nora Bertschi und **Michel Rusterholtz** haben beide ihren Rücktritt als **Richterin bzw. Richter am Strafgericht** auf den 31. Januar 2013 erklärt. Der Grund für diesen Rücktritt ist ihre Wahl in den Grossen Rat.

Da die Verfassung und das Wahlgesetz jedoch vorschreiben, dass sich in den Grossen Rat gewählte Richterinnen und Richter für das eine oder andere Amt zu entscheiden haben, ist die Bewilligungspflicht für den vorzeitigen Rücktritt als Mitglied des Strafgerichts obsolet.

Ich danke den Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste und freue mich darauf, sie am 6. Februar hier im Grossratssaal als Kollegin und Kollegen zu sehen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ansetzung einer Ersatzwahl.

Sabine Herrmann hat aus persönlichen Gründen den Rücktritt als Ersatzrichterin am Appellationsgericht auf den 31. März 2013 erklärt.

Die gesetzliche Frist von sechs Monaten gemäss § 81a GOG wurde nicht eingehalten. Der Grosse Rat hat die vorzeitige Beendigung des Amtes zu bewilligen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den vorzeitigen Rücktritt von Sabine Herrmann als Ersatzrichterin am Appellationsgericht auf den 31. März 2013 zu genehmigen.

Ich danke Sabine Herrmann für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste.

Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Zolli-Kalender

Der Zolli überlässt auch dieses Jahr den Ratsmitgliedern ihren Kalender. Sie dürfen sich mit je einem Exemplar bedienen; die Kalender liegen im Vorzimmer auf. Wir danken dem Zolli Basel ganz herzlich für diese grosszügige Geste.

Grossratsempfang vom Historischen Museum

Sie haben mit der letzten Grossratspost die Einladung zum Grossratsempfang in der Barfüsserkirche vom 8. Januar 2013 erhalten. Wir danken dem Historischen Museum herzlich für die Einladung und freuen uns auf den Abend.

Budget-Sitzung im Grossen Rat

Am 19./20. Dezember findet die Budget-Sitzung statt. Vor zwei Wochen haben Sie ein Schreiben mit Informationen bzgl. Einreichung Budgetpostulat und Änderungsantrag erhalten. Ich möchte Sie nochmals auffordern, sich rechtzeitig bei den Mitarbeitenden der Finanzverwaltung zu melden, wenn Sie bereits jetzt wissen, dass Sie entweder einen Änderungsantrag oder ein Budgetpostulat einreichen werden. Dies erleichtert den Ablauf der Debatte enorm. Zudem werden Frau Manuela Springer und Frau Daniela Schär am Mittwoch, 19. Dezember bereits um 08.15 Uhr im Vorzimmer anwesend sein. Die entsprechenden Formulare erhalten Sie beim Parlamentsdienst. Ich danke Ihnen!

Neue Interpellationen

Es sind fünf neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellation Nr. 113 wird mündlich beantwortet.

500 Jahre Bettingen

Nächstes Jahr feiern wir 500 Jahre Bettingen bei Basel. Vor 500 Jahren kaufte Basel Bettingen für 800 Gulden. Ich weiss nicht, ob das ein Schnäppchen war. Auf jeden Fall freuen wir uns. Helmut Hersberger legt einen Flyer auf, in welchem vor allem auf die Festwoche vom 19. bis 25. August hingewiesen wird.

Geburtstag

Unsere Ratskollegin Mirjam Ballmer feiert genau heute, an diesem denkwürdigen 12.12.12, einen runden Geburtstag, der uns etwas neidisch macht, über den wir uns aber vor allem freuen. Mirjam Ballmer spendiert heute Morgen den Kaffee. Wir gratulieren ihr herzlich und danken dafür *[Applaus]*.

Tagesordnung

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Der Regierungsrat hat gestern Dienstag den Antrag zur Validierung der Wahlen in den Regierungsrat verabschiedet und beantragt, dieses Geschäft zusätzlich auf die Tagesordnung zu setzen und am 19. Dezember 2012 mit Dringlichkeit zu behandeln. Der Antrag liegt auf dem Tisch des Hauses und wird am Freitag noch dem regulären Versand beigelegt.

Das Ratsbüro ist damit einverstanden und beantragt Ihnen Zustimmung. Für die dringliche Traktandierung ist das Zweidrittelmehr erforderlich, weshalb wir darüber abstimmen müssen.

Falls Sie zustimmen, wird die Validierung der Regierungsratswahlen am nächsten Mittwoch zu Beginn der Sitzung vor dem Budget als neues Traktandum 30 behandelt.

Abstimmung

Wer der dringlichen Traktandierung zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 1 Nein. *[Abstimmung # 164, 12.12.12 09:07:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Schreiben des Regierungsrates zu den Gesamterneuerungswahlen des Regierungsrates und Wahl des Regierungspräsidenten vom 28. Oktober 2012 und 25. November 2012; Validierung, mit Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu setzen.

Das Geschäft wird als Traktandum Nr. 30 auf den 19. Dezember 2012, 09:00 Uhr terminiert.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[12.12.12 09:07:49, ENG]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen.**

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Emmanuel Ullmann betreffend Sicherheit auf dem Schulweg (ED, 12.5202.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Remo Gallacchi und Konsorten "Für eine Ergänzung des Kirchengesetzes" (stehen lassen) (FD, 10.5121.03)
- Schreiben der Finanzkommission betreffend Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle 2011 (FKom, 12.5322.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Heiner Vischer betreffend Radarmessungen mit "Smiley"-Animation (BVD, 12.5217.02)
- Rücktritt von Michel Rusterholtz per 31. Januar 2013 als Richter beim Strafgericht (auf den Tisch des Hauses) (12.5342.01)
- Rücktritt von Nora Bertschi per 31. Januar 2013 als Richterin beim Strafgericht (auf den Tisch des Hauses) (12.5346.01)
- Schreiben der Geschäftsprüfungskommission zur Stellungnahme des Regierungsrates zum Bericht 12.5181.01 der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2011 (GPK, 12.5181.02)

3. Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für eine Subvention an den Verein Budget- und Schuldenberatung Basel für die Fachstelle Plusminus für die Jahre 2013 - 2016

[12.12.12 09:08:12, GSK, WSU, 12.0500.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 12.0500.01 einzutreten und dem Verein Budget- und Schuldenberatung Basel Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 960'000 zu bewilligen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission; RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umwelddepartementes (WSU)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 165, 12.12.12 09:15:33]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Subvention an den Verein Budget- und Schuldenberatung Basel für die Fachstelle Plusminus werden für die Jahre 2013 - 2016 Ausgaben von CHF 960'000 (CHF 240'000 jährlich), nicht indexiert, bewilligt (Kostenstelle: 8222306 / Auftrag: 822230690021 / Konto: 363600).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Schweizerischen Rheinhäfen (IGPK Rheinhäfen) zum Bericht des Regierungsrates über das Geschäftsjahr 2011 der Schweizerischen Rheinhäfen. Partnerschaftliches Geschäft

[12.12.12 09:15:51, IGPK Rheinhäfen, WSU, 12.0879.02, BER]

Die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission für die Rheinhäfen beantragt, auf den Bericht 12.0879.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Für Interessierte liegt auf dem Tisch des Hauses noch die Spartenrechnung 2011, auf welche im Bericht der IGPK Rheinhäfen im Kapitel III Seite 4 verwiesen wird.

Voten: *Elisabeth Ackermann, Präsidentin der IGPK Rheinhäfen*

Fraktionsvoten

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Urs Müller-Walz (GB)*

Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Elisabeth Ackermann, Präsidentin der IGPK Rheinhäfen*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Bericht der IGPK

Ziffer 2, Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der Rheinhäfen

Ziffer 3, Partnerschaftsvorbehalt

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 166, 12.12.12 09:33:48]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Grosse Rat nimmt den Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Schweizerischen Rheinhäfen (IGPK Rheinhäfen) zum Bericht des Regierungsrates über das Geschäftsjahr 2011 sowie zum Revisionsbericht zur Kenntnis.
2. Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) über das Betriebsjahr 2011 werden zur Kenntnis genommen.
3. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass der Partnerkanton im gleichen Sinne entscheidet.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2011. Partnerschaftliches Geschäft

[12.12.12 09:34:07, IGPK UKBB, GD, 12.0926.02, BER]

Die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission des Universitäts-Kinderspitals beider Basel beantragt, auf den Bericht 12.0926.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Der dem Bericht angefügte Beschlussentwurf ist unvollständig. Die korrekte Fassung wurde Ihnen aufgelegt.

Voten: *André Weissen, Präsident der IGPK UKBB*

Fraktionsvoten

Voten: *Franziska Reinhard (SP); Urs Schweizer (FDP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); André Weissen, Präsident der IGPK UKBB*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Bericht der IGPK

Ziffer 2, Jahresbericht und die Jahresrechnung des UKBB

Ziffer 3, Übertrag Unternehmensergebnis auf neue Rechnung

Ziffer 4, Umbenennung einer Position

Ziffer 5, Partnerschaftsvorbehalt

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 167, 12.12.12 10:02:42]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Grosse Rat nimmt den Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2011 sowie zum externen Revisionsbericht zur Kenntnis.
2. Der Jahresbericht und die Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2011 werden genehmigt.
3. Das positive Unternehmensergebnis in Höhe von CHF 698'165 wird vollständig auf die neue Rechnung übertragen.
4. Die Position „Investitionsfonds Mobilien Neubau“ wird in „Reserven“ umbenannt und bleibt unverändert in der Höhe von CHF 5'626'411 im Eigenkapital der Bilanz.
5. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass der Partnerkanton im gleichen Sinne entscheidet.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für Betriebskostenbeiträge an die Basler Freizeitaktion BFA für den Betrieb der Freizeithalle Dreirosen für die Jahre 2013 bis und mit 2015

[12.12.12 10:03:00, BKK, ED, 12.0837.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 12.0837.01 einzutreten und der Basler Freizeitaktion BFA Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 675'000 zu bewilligen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Doris Gysin (SP); Heidi Mück (GB)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Betriebsbeiträge

Ziffer 2, Räumlichkeiten der Freizeithalle Dreirosen

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 168, 12.12.12 10:14:18]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für Betriebskostenbeiträge an die Basler Freizeitaktion BFA für den Betrieb der Freizeithalle Dreirosen werden für die Jahre 2013 bis und mit 2015 Ausgaben von CHF 675'000 (jährlich CHF 225'000), nicht indexiert, bewilligt.
2. Die Räumlichkeiten der Freizeithalle Dreirosen werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Bericht Ermächtigung des Regierungsrates zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt bis zum Betrag von CHF 4'000'000'000

[12.12.12 10:14:36, FKom, FD, 12.1631.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Bericht 12.1631.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Helmut Hersberger (FDP); Jürg Stöcklin (GB)*

Zwischenfragen

Voten: *Sebastian Frehner (SVP); Jürg Stöcklin (GB); Dieter Werthemann (GLP); Jürg Stöcklin (GB); Sebastian Frehner (SVP); Jürg Stöcklin (GB)*

Besuch auf der Zuschauertribüne

Der Präsident begrüsst auf der Tribüne die Klasse 1A des Gymnasiums Liestal zu einer Lektion Staatskunde live [Applaus].

Voten: *Sabine Suter (SP)*

Einzelvoten

Voten: *David Wüest-Rudin (GLP); Urs Schweizer (FDP); Urs Müller-Walz (GB); Tanja Soland (SP); Jürg Stöcklin (GB); Lukas Engelberger (CVP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Ermächtigung zur Aufnahme von langfristigen Schulden

Antrag

Die Fraktion FDP **beantragt**, die Limite für die Neuaufnahme von Schulden für den Zeitraum 2013 bis 2016 auf maximal CHF 3'000'000'000 zu begrenzen.

Der Regierungsrat und die Kommission **beantragen** CHF 4'000'000'000.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion FDP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 52 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 169, 12.12.12 10:55:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion FDP **abzulehnen**.

Detailberatung

Ziffer 2, Befristung

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 1 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 170, 12.12.12 10:56:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Regierungsrat wird zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt von insgesamt höchstens CHF 4'000'000'000 ermächtigt.

2. Diese Ermächtigung ist befristet bis zum 31. Dezember 2016.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Ausgabenbericht für die Realisierung des gemeinsamen Auftrittes von Basel, Bern, Genf und Zürich im Schweizer Pavillon an der World Expo 2015 in Milano

[12.12.12 10:56:33, WAK, PD, 12.0552.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 12.0552.01 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von CHF 900'000 zu bewilligen.

Voten: *Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Elisabeth Ackermann (GB); Thomas Strahm (LDP); Ernst Mutschler (FDP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Carlo Conti, stv. Vorsteher des Präsidentsdepartementes (PD); Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 5 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 171, 12.12.12 11:11:11]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Realisierung eines Auftrittes des Kantons Basel-Stadt im Verbund mit den grössten Schweizer Städten werden einmalige Ausgaben in der Höhe von CHF 900'000, zu je CHF 300'000 über die Jahre 2013, 2014 und 2015 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

9. Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für eine ausserordentliche Erhöhung der Betriebsbeiträge an das Stadtkino Basel / Landkino / Verein Le Bon Film für die Jahre 2013 - 2014 in der laufenden Subventionsperiode 2011 - 2014

[12.12.12 11:11:27, BKK, PD, 12.1664.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 12.1664.01 einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 620'000 zu bewilligen.

Daniel Goepfert, Grossratspräsident: Der Beschlussentwurf auf Seite 12 des Ausgabenberichts weist formelle Fehler auf. Die korrekte Fassung wurde Ihnen aufgelegt.

Voten: *Martina Bernasconi, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 172, 12.12.12 11:15:49]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem STADTKINO Basel / LANDKINO für die Jahre 2013 und 2014 eine nichtindexierte Subvention in der Höhe von jährlich CHF 310'000 auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Bericht der Petitionskommission zur Petition P294 "Hände weg vom U-Abo"

[12.12.12 11:16:05, PetKo, 12.5088.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P294 "Hände weg vom U-Abo" (12.5088) als erledigt zu erklären.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission; Patrizia Bernasconi (GB)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P294 (12.5088) ist **erledigt**.

11. Bericht der Petitionskommission zur Petition P295 "Kein Asylheim an der Feldbergstrasse!"

[12.12.12 11:20:07, PetKo, 12.5136.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P295 "Kein Asylheim an der Feldbergstrasse!" (12.5136) als erledigt zu erklären.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission; Christian Egeler (FDP)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P295 (12.5136) ist **erledigt**.

13. Motion Sebastian Frehner betreffend Senkung der Netto-Schuldenquote auf 6 Promille

[12.12.12 11:25:22, 12.5299.01, NME]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 12.5299 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Lukas Engelberger (CVP); Heinrich Ueberwasser (SVP); Christine Keller (SP); Urs Schweizer (FDP); Jürg Stöcklin (GB); Dieter Werthemann (GLP)*

Zwischenfrage

Voten: *Heinrich Ueberwasser (SVP); Dieter Werthemann (GLP)*

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Zwischenfrage

Voten: *Lukas Engelberger (CVP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Schlussvoten

Voten: *Lorenz Nägelin (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 173, 12.12.12 11:52:20]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 12.5299 ist **erledigt**.

14. Anzüge 1 - 11

[12.12.12 11:52:35]

1. Anzug Patrick Hafner betreffend Entlastung durch Aufgabenteilung bei der Kantonspolizei

[12.12.12 11:52:35, 12.5300.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5300 entgegenzunehmen.

Kerstin Wenk (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Urs Müller-Walz (GB); André Auderset (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Tanja Soland (SP); André Auderset (LDP)*

Schlussvoten

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 48 Nein. [Abstimmung # 174, 12.12.12 12:07:31]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 12.5300 ist **erledigt**.

Schluss der 27. Sitzung

12:07 Uhr

Beginn der 28. Sitzung

Mittwoch, 12. Dezember 2012, 15:00 Uhr

12. Neue Interpellationen.

[12.12.12 15:00:17]

Interpellation Nr. 113 Martina Bernasconi betreffend öffentlichen Auftritten von Verwaltungs-Mitarbeitenden am Beispiel CentralParkBasel

[12.12.12 15:00:17, BVD, 12.5338.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Martina Bernasconi (GLP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 12.5338 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 114 Jürg Meyer betreffend Wahrung der Verhältnismässigkeit des Eingriffs in die persönliche Freiheit beim Anordnen und Verlängern von Untersuchungs- und Sicherheitshaft

[12.12.12 15:05:13, JSD, 12.5345.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Jürg Meyer (SP)*

Interpellation Nr. 115 Christian Egeler betreffend Kundenfreundlichere IWB oder Rückvergütung an den Kanton BS?

[12.12.12 15:08:26, WSU, 12.5348.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 116 David Wüest-Rudin zu Geschäften mit grossem Schadenpotential bei der Basler Kantonalbank, insbesondere zum Handel mit strukturierten Produkten

[12.12.12 15:08:46, FD, 12.5351.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 117 Ernst Mutschler betreffend "Basel Peace Office"

[12.12.12 15:09:09, PD, 12.5353.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

14. Anzüge 1 - 11

[12.12.12 15:09:26]

2. Anzug Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend eine Senkung von Gebühren für Amtshandlungen

[12.12.12 15:09:26, 12.5301.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 12.5301 entgegenzunehmen.

Voten: *Mustafa Atici (SP); Lorenz Nägelin (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Stöcklin (GB); Lorenz Nägelin (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 175, 12.12.12 15:18:07]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 12.5301 ist **erledigt**.

3. Anzug Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend Littering-Anteil ist zu senken!

[12.12.12 15:18:30, 12.5302.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5302 entgegenzunehmen.

Christian von Wartburg (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Zwischenfrage

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Christian von Wartburg (SP); Patrick Hafner (SVP); Christian von Wartburg (SP)*

Voten: *Lorenz Nägelin (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 36 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 176, 12.12.12 15:31:54]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5302 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

4. Anzug Oskar Herzig und Konsorten betreffend steuerliche Anreize für Unternehmen, welche sich neu im Kanton Basel-Stadt ansiedeln wollen

[12.12.12 15:32:18, 12.5303.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5303 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 12.5303 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

5. Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten zur Mitfinanzierung von grenzüberschreitenden Schnellbussen

[12.12.12 15:32:43, 12.5304.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5304 entgegenzunehmen.

Toni Casagrande (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Emmanuel Ullmann (GLP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 35 Nein. [Abstimmung # 177, 12.12.12 15:36:29]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5304 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

6. Anzug Bülent Pekerman und Konsorten zur Schaffung von Expressstrams

[12.12.12 15:36:51, 12.5305.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5305 entgegenzunehmen.

Bruno Jagher (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Christian Egeler (FDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Christian Egeler (FDP)*

Voten: *Patrizia Bernasconi (GB); Thomas Mall (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Christian Egeler (FDP); Thomas Mall (LDP)*

Voten: *Heinrich Ueberwasser (SVP); Bülent Pekerman (GLP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 34 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 178, 12.12.12 15:50:39]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5305 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

7. Anzug Jürg Meyer und Konsorten für die Einführung von kantonalen Förderbeiträgen zur Beseitigung von baulichen Hindernissen für Behinderte in öffentlich zugänglichen Bauten und Anlagen

[12.12.12 15:51:04, 12.5308.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5308 entgegenzunehmen.

Roland Lindner (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Patrizia Bernasconi (GB); Dominique König-Lüdin (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Roland Vögtli (FDP); Dominique König-Lüdin (SP)*

Voten: *Jürg Meyer (SP)*

Abstimmung

[Abstimmung Nr. 179 ist ungültig. Die Abstimmung muss wegen eines Systemausfalls wiederholt werden.]

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 36 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 180, 12.12.12 16:12:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5308 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

8. Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Rehabilitierung der Opfer der Hexenverfolgung in Basel

[12.12.12 16:13:16, 12.5314.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5314 entgegenzunehmen.

Andreas Ungricht (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Thomas Mury (LDP); Felix W. Eymann (EVP/DSP); Beatrice Alder Finzen (GB); Stephan Luethi (SP); Dieter Werthemann (GLP); Brigitta Gerber (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 21 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 181, 12.12.12 16:25:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5314 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

9. Anzug Markus Lehmann und Konsorten betreffend Teil-Verglasung der Dreirosenbrücke

[12.12.12 16:25:51, 12.5315.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5315 entgegenzunehmen.

Michael Wüthrich (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Christoph Wydler (EVP/DSP); Stephan Luethi (SP); Heiner Vischer (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Stephan Luethi (SP); Heiner Vischer (LDP)*

Schlussvoten

Voten: *Tobit Schäfer (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 10 Nein, 6 Enthaltungen. [*Abstimmung # 182, 12.12.12 16:35:06*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5315 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

10. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Hausboote an der Wiesenmündung ermöglichen

[12.12.12 16:35:27, 12.5316.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5316 entgegenzunehmen.

Mirjam Ballmer (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Eduard Rutschmann (SVP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Zwischenfrage

Voten: *Martin Lüchinger (SP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 35 Nein, 4 Enthaltungen. [*Abstimmung # 183, 12.12.12 16:45:21*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5316 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

11. Anzug Regiokommission betreffend (sprach)grenzüberschreitende Praktika zur Talentförderung in der Berufsbildung

[12.12.12 16:45:49, 12.5318.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5318 entgegenzunehmen.

Heiner Vischer (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Heiner Ueberwasser, Präsident der Regiokommission*

Zwischenfrage

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Heiner Ueberwasser, Präsident der Regiokommission*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 9 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 184, 12.12.12 16:52:02]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5318 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

15. Beantwortung der Interpellation Nr. 102 Rudolf Vogel betreffend Einsatz der Mobilen Abfallpolizei in Basel-Stadt

[12.12.12 16:52:27, WSU, 12.5297.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant ist abwesend.

Die Interpellation 12.5297 ist **erledigt**.

16. Beantwortung der Interpellation Nr. 105 Christine Heuss betreffend Medienausbildungszentrum (MAZ) nach Basel

[12.12.12 16:53:09, WSU, 12.5320.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Christine Heuss (FDP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 12.5320 ist **erledigt**.

17. Beantwortung der Interpellation Nr. 110 Patrick Hafner betreffend Baustellenlärm auch über Mittag

[12.12.12 16:54:19, WSU, 12.5327.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 12.5327 ist **erledigt**.

18. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend beschleunigter Bau von Sonnenkollektoren auf Basler Hausdächern

[12.12.12 16:57:54, WSU, 10.5169.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5169 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5169 ist **erledigt**.

19. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Greentech Bau: Ansiedlung eines Wirtschaftsklusters für ökologisches Bauen und energetisches Sanieren

[12.12.12 16:58:18, WSU, 10.5168.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5168 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5168 ist **erledigt**.

20. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend gezielte Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz

[12.12.12 16:58:45, WSU, 10.5167.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5167 abzuschreiben.

Michael Wüthrich (GB): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Abstimmung

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst stehen Lassen.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 16 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 185, 12.12.12 17:03:21]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5167 ist **erledigt**.

21. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martina Saner und Konsorten betreffend verbesserten Zugang zu öffentlichen Angeboten für Personen mit IV-Rente

[12.12.12 17:03:44, WSU, 10.5207.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5207 abzuschreiben.

Jürg Meyer (SP): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *Beatrice Alder Finzen (GB)*

Abstimmung

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst stehen Lassen.

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 186, 12.12.12 17:08:18]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5207 ist **erledigt**.

22. Beantwortung der Interpellation Nr. 106 Christoph Wydler betreffend Grösse des Overheads im Erziehungsdepartement

[12.12.12 17:08:41, ED, 12.5323.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Christoph Wydler (EVP/DSP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 12.5323 ist **erledigt**.

23. Beantwortung der Interpellation Nr. 112 Brigitta Gerber zur Verleumdung von schweizerischen Universitätsprofessoren und -professorinnen durch die Weltwoche im Oktober 2012

[12.12.12 17:12:07, ED, 12.5329.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Brigitta Gerber (GB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 12.5329 ist **erledigt**.

24. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Salome Hofer und Konsorten betreffend Sportstättenplanung

[12.12.12 17:15:01, ED, 10.5139.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5139 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5139 ist **erledigt**.

25. Beantwortung der Interpellation Nr. 111 Ernst Mutschler betreffend Informations-Broschüre der Fachstelle Stadtteilentwicklung

[12.12.12 17:15:25, PD, 12.5328.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Ernst Mutschler (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 12.5328 ist **erledigt**.

26. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christophe Haller und Konsorten betreffend Herbstmesse ins Gundeldinger Quartier

[12.12.12 17:17:04, PD, 10.5239.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5239 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5239 ist **erledigt**.

27. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Dieter Werthemann und Konsorten betreffend Revision des Leistungsauftrags für die Kaserne

[12.12.12 17:17:25, PD, 09.5269.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 09.5269 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 09.5269 ist **erledigt**.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Jörg Vitelli betreffend Autobahnsignalisation Richtung Huningue (12.5356).
- Schriftliche Anfrage Christine Wirz-von Planta betreffend Basels "leerster" Veloparkplatz (12.5357).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der 28. Sitzung

17:18 Uhr

Basel, 12. Dezember 2012

Daniel Goepfert
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 164 - 178	164	165	166	167	168	169	170	171	172	173	174	175	176	177	178
1	Otto Schmid (SP)	J	J	A	J	J	N	J	J	J	N	N	N	N	J	J
2	Philippe Macherel (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	N	N	N	J	J
3	Ursula Metzger Junco (SP)	J	J	A	A	J	N	J	J	J	N	N	N	N	J	J
4	Beatriz Greuter (SP)	J	J	J	J	J	N	A	J	J	N	N	N	N	J	J
5	Francisca Schiess (SP)	J	J	A	J	A	N	J	J	J	N	N	N	N	J	J
6	Sibylle Benz (SP)	J	J	A	A	A	N	J	A	A	N	N	N	A	A	A
7	Mehmet Turan (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	N	A	J	J
8	Dominique König (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	N	N	N	J	J
9	Patrick Hafner (SVP)	A	A	A	J	E	E	J	E	A	J	J	J	J	N	N
10	Lorenz Nägelin (SVP)	J	J	A	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	A	A
11	Roland Lindner (SVP)	J	J	J	J	A	J	J	E	J	J	J	J	J	N	N
12	Bruno Jagher (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	N	N
13	Baschi Dürr (FDP)	A	J	A	A	A	N	J	A	A	J	J	A	J	A	J
14	Christine Heuss (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	A	A	J	A	J	J	J	J
15	Christophe Haller (FDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
16	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J	J	J	N	E
17	Michael Wüthrich (GB)	J	A	A	A	J	N	J	J	J	N	N	N	N	N	N
18	Patrizia Bernasconi (GB)	J	A	J	J	J	N	J	A	A	N	N	N	N	N	N
19	Elisabeth Ackermann (GB)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	N	N	N	N	N
20	Andreas Albrecht (LDP)	A	J	A	A	J	N	J	A	A	A	A	A	A	A	A
21	Patricia von Falkenstein (LDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
22	Thomas Mall (LDP)	J	J	A	J	J	J	J	J	A	J	J	J	J	N	N
23	Oswald Inglin (CVP)	A	A	J	J	J	N	A	J	J	N	N	J	J	J	A
24	Lukas Engelberger (CVP)	A	A	A	J	J	N	J	J	J	N	N	A	J	J	A
25	Aeneas Wanner (GLP)	J	J	J	J	A	J	J	A	J	J	N	A	A	J	J
26	Dieter Werthemann (GLP)	A	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J
27	Beat Fischer (EVP/DSP)	J	J	J	J	A	N	J	A	A	A	A	A	A	A	A
28	Tobit Schäfer (SP)	J	J	A	J	J	N	A	J	A	N	N	N	N	J	A
29	Jörg Vitelli (SP)	J	J	A	J	J	N	J	J	J	N	N	N	N	J	J
30	Daniel Goepfert (SP)	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P
31	Doris Gysin (SP)	J	J	J	J	J	N	J	A	A	N	N	N	N	J	J
32	Christian von Wartburg (SP)	J	J	A	J	J	N	J	A	A	N	N	N	N	J	J
33	Greta Schindler (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
34	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	N	N	N	J	J
35	Maria Berger (SP)	J	A	A	J	J	N	J	J	J	N	N	N	N	J	J
36	Ruth Widmer (SP)	J	J	A	J	J	N	J	J	J	N	N	N	N	J	J
37	Andrea Bollinger (SP)	A	A	A	A	A	N	J	J	A	N	A	N	N	J	J
38	Esther Weber (SP)	J	J	J	J	J	N	J	A	A	N	N	N	A	J	J
39	Stephan Luethi (SP)	J	J	J	J	A	N	J	J	J	N	N	N	N	J	J
40	Brigitte Heilbronner (SP)	J	J	J	J	A	N	J	J	J	N	N	N	N	J	J
41	Sibel Arslan (GB)	J	J	A	J	J	N	J	J	J	N	N	N	N	N	N
42	Jürg Stöcklin (GB)	A	J	J	A	J	N	J	J	J	N	N	N	E	A	N
43	Brigitta Gerber (GB)	J	A	J	J	A	N	A	A	J	N	N	A	N	N	N
44	Beatrice Alder (GB)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	N	N	J	N	N
45	Eveline Rommerskirchen (GB)	A	J	J	A	J	A	A	J	A	N	N	N	J	N	N
46	Sebastian Frehner (SVP)	J	N	J	J	E	A	N	A	A	A	A	A	A	A	A
47	Felix Meier (CVP)	A	J	J	J	J	N	J	J	A	N	A	J	J	J	J
48	Alexander Gröflin (SVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
49	Andreas Ungricht (SVP)	J	E	J	E	E	J	E	N	E	J	J	J	J	N	N
50	Helen Schai (CVP)	J	J	J	J	J	N	J	J	A	N	N	J	J	N	N
51	Markus Lehmann (CVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
52	André Weissen (CVP)	J	J	J	A	J	A	J	J	J	N	N	J	J	J	J
53	Daniel Stolz (FDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
54	Christian Egeler (FDP)	J	J	J	A	J	J	J	J	A	J	J	J	A	J	J
55	Emmanuel Ullmann (GLP)	J	J	A	J	J	J	A	A	A	J	A	J	E	J	J

Sitz	Abstimmungen 180 - 186	180	181	182	183	184	185	186
1	Otto Schmid (SP)	J	J	J	J	J	J	N
2	Philippe Macherel (SP)	J	J	J	J	J	J	N
3	Ursula Metzger Junco (SP)	J	J	J	A	J	A	N
4	Beatriz Greuter (SP)	J	J	J	N	N	A	A
5	Francisca Schiess (SP)	J	J	A	J	J	J	N
6	Sibylle Benz (SP)	J	J	E	J	J	E	N
7	Mehmet Turan (SP)	J	J	J	J	J	J	N
8	Dominique König (SP)	J	J	J	J	A	J	N
9	Patrick Hafner (SVP)	N	N	E	N	A	J	J
10	Lorenz Nägelin (SVP)	N	N	J	A	J	J	J
11	Roland Lindner (SVP)	N	A	A	A	A	A	A
12	Bruno Jagher (SVP)	N	N	J	J	J	J	J
13	Baschi Dürr (FDP)	A	A	A	A	A	A	A
14	Christine Heuss (FDP)	N	J	J	J	J	A	J
15	Christophe Haller (FDP)	A	A	A	A	A	A	A
16	Ernst Mutschler (FDP)	N	N	A	J	A	J	J
17	Michael Wüthrich (GB)	J	J	N	N	J	N	N
18	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	J	N	A	N	N
19	Elisabeth Ackermann (GB)	J	J	E	N	J	N	N
20	Andreas Albrecht (LDP)	A	A	A	A	A	A	A
21	Patricia von Falkenstein (LDP)	A	A	A	A	A	A	A
22	Thomas Mall (LDP)	N	N	J	N	N	J	J
23	Oswald Inglin (CVP)	J	J	J	J	J	J	J
24	Lukas Engelberger (CVP)	E	J	J	J	J	J	J
25	Aeneas Wanner (GLP)	N	J	J	J	A	J	N
26	Dieter Werthemann (GLP)	N	N	J	J	J	N	J
27	Beat Fischer (EVP/DSP)	A	A	A	A	A	A	A
28	Tobit Schäfer (SP)	J	J	A	N	J	A	A
29	Jörg Vitelli (SP)	J	J	J	J	J	J	N
30	Daniel Goepfert (SP)	P	P	P	P	P	P	P
31	Doris Gysin (SP)	J	J	J	J	J	J	N
32	Christian von Wartburg (SP)	J	J	J	J	J	A	A
33	Greta Schindler (SP)	A	A	A	A	A	A	A
34	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	N	A	N	N
35	Maria Berger (SP)	J	J	J	N	J	J	J
36	Ruth Widmer (SP)	E	J	J	N	J	J	N
37	Andrea Bollinger (SP)	J	J	A	J	J	A	A
38	Esther Weber (SP)	E	J	J	J	J	J	N
39	Stephan Luethi (SP)	J	J	J	N	J	J	N
40	Brigitte Heilbronner (SP)	J	J	J	N	J	J	N
41	Sibel Arslan (GB)	J	J	A	A	A	N	N
42	Jürg Stöcklin (GB)	E	J	J	N	J	N	A
43	Brigitta Gerber (GB)	J	J	J	A	J	N	N
44	Beatrice Alder (GB)	J	J	N	N	J	N	N
45	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	J	N	J	N	N
46	Sebastian Frehner (SVP)	A	A	A	A	A	A	A
47	Felix Meier (CVP)	J	A	J	A	A	A	A
48	Alexander Gröflin (SVP)	A	A	A	A	A	A	A
49	Andreas Ungricht (SVP)	E	N	A	N	J	J	J
50	Helen Schai (CVP)	J	J	J	E	J	J	J
51	Markus Lehmann (CVP)	A	A	A	A	A	A	A
52	André Weissen (CVP)	J	J	J	J	J	J	A
53	Daniel Stolz (FDP)	A	A	A	A	A	A	A
54	Christian Egeler (FDP)	N	A	A	A	A	A	J
55	Emmanuel Ullmann (GLP)	N	J	A	J	J	N	J

Sitz	Abstimmungen 180 - 186	180	181	182	183	184	185	186
56	Thomas Mury (LDP)	N	N	J	N	N	J	J
57	Christine Wirz (LDP)	N	N	J	N	N	J	J
58	Heiner Vischer (LDP)	N	N	J	N	N	J	J
59	David Wüest-Rudin (GLP)	N	J	E	J	J	J	J
60	Martina Bernasconi (GLP)	N	J	J	J	J	J	J
61	Christoph Wydler (EVP/DSP)	N	J	N	A	J	E	E
62	Markus Benz (GB)	J	J	N	N	J	N	A
63	Kerstin Wenk (SP)	J	A	A	A	J	J	N
64	Christine Keller (SP)	J	J	J	A	A	A	A
65	Mustafa Atici (SP)	J	J	J	J	A	J	N
66	Martin Luchinger (SP)	J	J	J	E	J	J	N
67	Tanja Soland (SP)	J	J	J	J	J	J	N
68	Gülşen Oeztürk (SP)	J	J	J	E	J	J	N
69	Atilla Toptas (SP)	J	J	J	N	J	A	A
70	Sabine Suter (SP)	J	J	J	J	A	A	A
71	Franziska Reinhard (SP)	J	J	J	J	N	A	A
72	Mirjam Ballmer (GB)	J	J	E	N	A	A	N
73	Heidi Mück (GB)	J	J	N	N	A	N	N
74	Talha Ugur Camlibel (GB)	J	J	N	N	A	J	N
75	Urs Müller (GB)	J	J	N	N	A	N	N
76	Oskar Herzig (SVP)	A	A	A	A	A	A	A
77	Toni Casagrande (SVP)	N	N	J	J	E	J	J
78	Rudolf Vogel (SVP)	N	N	J	J	J	J	J
79	Samuel Wyss (SVP)	N	N	J	N	A	J	J
80	Giovanni Nanni (FDP)	N	N	J	N	J	J	J
81	Roland Vöggtli (FDP)	N	N	N	J	J	A	A
82	Urs Schweizer (FDP)	N	A	J	J	J	J	J
83	Remo Gallacchi (CVP)	N	J	J	J	J	J	J
84	Pasqualine Balmelli (CVP)	N	J	J	J	J	J	J
85	Felix Eymann (EVP/DSP)	N	J	J	A	A	A	A
86	Peter Bochsler (EVP/DSP)	N	E	A	N	J	A	J
87	Bülent Pekerman (GLP)	N	J	E	J	J	J	J
88	André Auderset (LDP)	N	N	A	N	N	A	A
89	Salome Hofer (SP)	J	J	J	J	A	J	N
90	Roland Engeler-Ohnemus (SP)	J	J	J	N	J	A	A
91	Conradin Cramer (LDP)	N	N	J	N	N	J	J
92	Thomas Strahm (LDP)	J	N	J	N	N	J	J
93	Eduard Rutschmann (SVP)	N	N	J	J	J	J	J
94	Ursula Kissling (SVP)	N	N	J	J	J	J	J
95	Heinrich Ueberwasser (SVP)	N	A	J	J	J	J	J
96	Annemarie Pfeifer (EVP/DSP)	E	J	N	A	A	A	A
97	Andreas Zappalà (FDP)	N	J	J	N	J	J	J
98	Rolf von Aarburg (CVP)	N	N	J	E	J	N	J
99	Thomas Grossenbacher (GB)	E	E	N	N	J	N	N
100	Helmut Hersberger (FDP)	N	E	J	N	J	J	J

J	JA	45	58	60	37	57	50	36
N	NEIN	36	21	10	35	9	16	33
E	ENTHALTUNG	7	3	6	4	1	2	1
A	ABWESEND	11	17	23	23	32	31	29
P	PRÄSIDIUM (stimmt nicht mit)	1	1	1	1	1	1	1

Total		100	100	100	100	100	100	100
--------------	--	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Schweizerischen Rheinhäfen (IGPK Rheinhäfen) zum Bericht des Regierungsrates über das Geschäftsjahr 2011 der Schweizerischen Rheinhäfen <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	IGPK Rhein- häfen	WSU	12.0879.02
2.	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2011 <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	IGPK UKBB	GD	12.0926.02
3.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P294 "Hände weg vom U-Abo!"	PetKo		12.5088.02
4.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P295 "Kein Asylheim an der Feldbergstrasse!"	PetKo		12.5136.02
5.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend gezielte Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz		WSU	10.5167.02
6.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Greentech Bau: Ansiedlung eines Wirtschaftsclusters für ökologisches Bauen und energetisches Sanieren		WSU	10.5168.02
7.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martina Saner und Konsorten betreffend verbesserten Zugang zu öffentlichen Angeboten für Personen mit IV-Rente		WSU	10.5207.02
8.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend beschleunigter Bau von Sonnenkollektoren auf Basler Hausdächern		WSU	10.5169.02
9.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Dieter Werthemann und Konsorten betreffend Revision des Leistungsauftrags für die Kaserne		PD	09.5269.03
10.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christophe Haller und Konsorten betreffend Herbstmesse ins Gundeldinger Quartier		PD	10.5239.02
11.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Salome Hofer und Konsorten betreffend Sportstättenplanung		ED	10.5139.02
12.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zu einem Gesetz über Freizeitgärten zur Umsetzung des Gegenvorschlags zur Kantonalen Volksinitiative zum Schutz von Basler Familiengartenarealen	BRK	BVD	12.1036.02 09.0959.06
Überweisung an Kommissionen				
13.	Petition P307 "Rund um den Rappoltshof soll es wieder ruhiger und wohnlicher werden"	PetKo		12.1669.01
14.	Petition P308 "Hunde sollen R(h)ein dürfen"	PetKo		12.1670.01
15.	Petition P309 "Gebt die Claramatte den Kindern zurück"	PetKo		12.1723.01
16.	Ratschlag Subventionen an den Verein Kulturwerkstatt Kaserne für die Jahre 2013 - 26016	BKK	PD	12.1784.01
17.	Ratschlag Staatsbeiträge an die Stiftung Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel (VHS BB) für die Jahre 2013 bis 2016	BKK	ED	12.1720.01
18.	Ratschlag Subventionen für Tanz- und Theaterprojekte der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2013 - 2016	BKK	PD	12.1836.01
19.	Ratschlag Reinacherstrasse Süd, Abschnitt Jakobsbergerholzweg bis Giornicostrasse. Neue Fahrbahnaufteilung mit beidseitigen Velowegen und Baumstandortverbesserungen im Zuge dringend anstehender Sanierungsarbeiten	UVEK	BVD	12.1741.01

20.	Ausgabenbericht Subvention an den Erlen-Verein, Tierpark Lange Erlen 2012 bis 2015	UVEK	BVD	12.1721.01
21.	Ratschlag 2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel 2013 - 2016 "Praxislabor der Nachhaltigkeitsforschung". Beiträge an Pilot- und Demonstrationsprojekte in den Bereichen Bauen, erneuerbare Energien und Fahrzeuge	UVEK	WSU	12.1818.01
22.	Ausgabenbericht Subventionen an das Zentrum Selbsthilfe Basel für die Jahre 2013 bis 2014	GSK	GD	12.1869.01
23.	Ratschlag Rahmenausgabenbewilligung für die Projektierung und Erstellung von Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden im Verwaltungsvermögen des Kantons Basel-Stadt	UVEK	FD	12.1785.01
24.	Ratschlag betreffend Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	BKK	BVD	12.1870.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

25.	Motion Lukas Engelberger und Konsorten für ein gesamtkantonales 3-Prozent-Quorum für die Grossratswahlen			12.5347.01
26.	Anzüge:			
	a) Patrick Hafner betreffend Hallenbäder in Basel			12.5332.01
	b) Patrick Hafner Verkehrs- und Raummanagement bei Baustellen			12.5331.01
	c) Mustafa Atici und Konsorten betreffend Förderung der Nachholbildung			12.5335.01
	d) Alexander Gröflin und Konsorten betreffend elektronischer Zusan von Betreibungsregisterausügen			12.5336.01
	e) Heidi Mück und Konsorten betreffend Möglichkeiten, den Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) in die Volksschule zu integrieren			12.5341.01
	f) Urs Schweizer betreffend Stärkung der Universität Basel durch verbesserte Anreizsetzung in der Universitätsfinanzierung			12.5344.01
27.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend genossenschaftlichen Wohnungsbau auf dem alten Reservoirareal Bruderholz		FD	08.5159.03

Kenntnisnahme

28.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Emmanuel Ullmann betreffend Sicherheit auf dem Schulweg		ED	12.5202.02
29.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Remo Gallacchi und Konsorten "Für eine Ergänzung des Kirchengesetzes" (stehen lassen)		FD	10.5121.03
30.	Schreiben der Finanzkommission betreffend Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle 2011	FKom		12.5322.01
31.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Heiner Vischer betreffend Radarmessungen mit "Smiley"-Animation		BVD	12.5217.02
32.	Rücktritt von Michel Rusterholtz per 31. Januar 2013 als Richter beim Strafgericht (auf den Tisch des Hauses)			12.5342.01
33.	Rücktritt von Nora Bertschi per 31. Januar 2013 als Richterin beim Strafgericht (auf den Tisch des Hauses)			12.5346.01
34.	Schreiben der Geschäftsprüfungskommission zur Stellungnahme des Regierungsrates zum Bericht 12.5181.01 der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2011	GPK		12.5181.02

Anhang C: Neue Vorstösse

Motion

a) Motion für ein gesamtkantonales 3-Prozent-Quorum für die Grossratswahlen

12.5347.01

Mit Grossratsbeschluss vom 8. Juni 2011 wurde das Wahlgesetz auf Grund des Berichtes einer Spezialkommission (09.1775.02) das Wahlgesetz in zwei Punkten geändert:

1. Das Hagenbach-Bischoff Verfahren wurde durch das Sainte-Laguë Verfahren ersetzt
2. Das Quorum wurde für jeden Wahlkreis auf 4% gesetzt.

Während der 1. Punkt unumstritten war, weil durch das Sainte-Laguë Verfahren der Wählerwillen besser abgebildet wird, war der 2. Punkt sehr umstritten. Die grossen Fraktionen haben dabei die kleinen überstimmt. Das Argument für eine 4%-Hürde im jeweiligen Wahlkreis war eine Verhinderung von Splittergruppen im Grossen Rat.

Am 28.10.2012 fanden die ersten Grossratswahlen nach revidiertem Wahlgesetz statt. Das Resultat zeigt, dass das Ziel des 4%-Quorums, nämlich den Einzug von Splittergruppen in den Grossen Rat zu verhindern, verfehlt wurde. Die Wirkung der 4%-Hürde war aber, dass kleinere Parteien Sitze an grössere Parteien abgeben mussten, was aus demokratischer Sicht fragwürdig ist. Bedenklich ist zudem, dass aufgrund der wahlkreisweisen Hürde jeweils ein hoher Stimmenanteil verpufft ist. Im Wahlkreis Kleinbasel blieben so 10.2% der abgegebenen Stimmen in der Sitzverteilung unberücksichtigt, was problematisch ist.

Als bessere Lösung erscheint ein gesamtkantonales Quorum von 3%, wobei Bettingen weiterhin als Spezialfall zu regeln ist. Das gesamtkantonale Quorum von 3% kommt dem "natürlichen Quorum" von Wahlkreisen mit ca. 30 Sitzen ziemlich nahe. Es würde eine Zersplitterung der Parteienlandschaft verhindern und sicherstellen, dass im kantonalen Parlament Parteien vertreten sind, die gesamtkantonale eine gewisse Bedeutung haben.

Die Motionäre bitten den Regierungsrat, dem Grossen Rat eine Revision des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen vorzulegen, mit welcher das heutige 4%-Quorum pro Wahlkreis in §51 Wahlgesetz durch ein gesamtkantonales Quorum von 3% ersetzt werden soll.

Lukas Engelberger, Jürg Stöcklin, Christoph Wydler, Dieter Werthemann

Anzüge

a) Anzug betreffend Hallenbäder in Basel

12.5332.01

Offensichtlich besteht in Basel ein Manko an Hallenbädern - das berichten unisono Kenner der Schwimmszene.

Ebenso offensichtlich gibt es in Schulhäusern Hallenbäder, die weit weniger genutzt werden, als das unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Nutzung angezeigt wäre.

In Zürich (!) scheint nun ein Modell entwickelt worden zu sein, das die beiden Feststellungen zusammenführt: Die für die Schul-Hallenbäder Verantwortlichen werden aufgefordert und auch daran gemessen, wie gut sie die Hallenbäder auslasten, für die sie verantwortlich sind.

Das bedeutet, dass im Gegensatz zum Zustand vorher (es macht weniger Mühe, wenn Hallenbäder nur für die Schulen selbst zur Verfügung stehen müssen) die Verantwortlichen ein Interesse haben, den Anforderungen und Anfragen von Schwimm-Clubs entgegen zu kommen.

Der Anzugsteller bittet darum die Regierung, zu prüfen und zu berichten:

1. Welche Massnahmen - in einem ersten Schritt ohne teure Neubauten - möglich und sinnvoll sind, die bestehenden Hallenbäder stärker auszulasten;
2. Ob das in Zürich entwickelte Modell - allenfalls nach Anpassungen - auch für Basel tauglich wäre;
3. Wie ein dadurch entstehender Mehraufwand (Verwaltung, Reinigung etc.) bei den Verantwortlichen entschädigt werden kann;
4. Ob allenfalls andere Modelle der Zuständigkeitsregelung greifen könnten.

Patrick Hafner

b) Anzug betreffend Verkehrs- und Raummanagement bei Baustellen

12.5331.01

Baustellen sind in aller Regel für Anwohner und Verkehrsteilnehmer ärgerlich - aber meistens notwendig.

Leider wird nach Feststellung des Anzugstellers der Verkehrsfluss oft zusätzlich unnötig behindert und/oder öffentlicher Raum in Anspruch genommen.

Dazu kommt, dass die Signalisation von Baustellen oft nicht den Vorschriften entspricht. Die Verantwortlichen (gemäss Auskunft der Polizei werden Baustellensignalisationen in aller Regel von den Bauunternehmen selbst vorgenommen) sind offenbar nicht selten entweder nicht willens oder nicht in der Lage, die Vorschriften einzuhalten.

Der Anzugsteller bittet darum die Regierung, zu prüfen und zu berichten:

1. Wie sichergestellt werden könnte, dass bei Baustellen - auch bei Veränderungen im Laufe des Baufortschritts - sichergestellt werden kann, dass die Verkehrsführung optimal verläuft (unter Berücksichtigung der Anforderungen von Fussgängern, Velofahrenden, öV und miV);
2. Ob es marktgerechte Massnahmen gäbe (z.B. Gebühren für Inanspruchnahme von Allmend nach Fläche und Zeit bzw. Boni für frühzeitige Freigabe von Flächen), welche sicherstellen, dass bei Baustellen möglichst wenig Allmend (Strassenfläche und Parkplätze) in Anspruch genommen wird (die in der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage erwähnten Gebühren von CHF 2.20/m2/KW scheinen keine Wirkung zu entfalten);
3. Wie sichergestellt werden kann, dass auch temporäre Signalisationen in jedem Fall den Vorschriften entsprechen.

Patrick Hafner

c) Anzug betreffend Förderung der Nachholbildung

12.5335.01

In der Schweiz verfügen aktuell 658'000 Personen zwischen 25 und 64 Jahren über keinen Berufsabschluss. Das Berufsbildungssystem bietet verschiedene Möglichkeiten an, wie Berufsabschlüsse im Erwachsenenalter nachgeholt werden können. Die vielfältigen Angebote der Berufsbildung und der Sozialversicherungen werden bis heute aber noch viel zu wenig genutzt. Dies belegen auch zwei Studien, die von der SP-Nationalratsfraktion sowie von Travail Suisse in Auftrag gegeben wurden.

Vor dem Hintergrund, dass Personen ohne Berufsbildung bis zu einem Drittel tiefere Erwerbseinkommen erzielen als Personen mit besserer Ausbildung, erstaunt es nicht, dass sie häufiger auf Sozialleistungen angewiesen sind. Beispielsweise ist die Wahrscheinlichkeit, Arbeitslosengeld zu beziehen, für Personen ohne Sek II-Abschluss mehr als doppelt so hoch wie für Personen mit Abschluss. Beim Bezug einer IV-Rente und der Sozialhilfe ist die Wahrscheinlichkeit gar dreimal höher.

Die Zusammensetzung und die Veränderung der Wohnbevölkerung sowie der wirtschaftliche Strukturwandel und das wirtschaftliche Wachstum im Kanton Basel-Stadt erfordern verstärkte Massnahmen zur Förderung der Nachholbildung von erwachsenen Personen ohne Berufsbildung.

Die Instrumente (www.eingangsportal.ch) und die gesetzlichen Grundlagen dafür sind vorhanden, da es nach Art. 32 BBV für jeden Beruf möglich ist, mit entsprechender mehrjähriger Praxis, den Berufsabschluss nachträglich zu erwerben. Ausserdem kann gem. Art. 31 BBV nach mindestens fünf Jahren Erfahrungen in der Arbeitswelt ein Dossier angelegt werden, in dem praktisch erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten belegt und validiert werden.

Ergänzende Ausbildung ist in Modulen an Berufsfachschulen oder durch spezielle Praxis nachzuholen.

Die Regierung wird gebeten, zu prüfen und uns zu berichten, wie erreicht werden kann, dass ein grösserer Personenkreis als bisher diese Angebote nutzt, insbesondere wie

- die zielgruppengerechte Information, Beratung und Begleitung bei der Entscheidungsfindung, beim Einstieg und während der Nachholbildung intensiviert werden kann,
- zur Vorbereitung mehr angemessene, niederschwellige Angebote (z. B. auch Deutschkurse) bereit gestellt werden können,
- mehr geeignete Ausbildungsplätze in den Betrieben zu schaffen wären,
- und wie die rechtlichen Grundlagen für die Existenzsicherung während der Ausbildung verbessert werden könnten.

Mustafa Atici, Dominique König-Lüdin, Urs Schweizer, Helen Schai-Zigerlig, Andreas Zappalà, Tobit Schäfer, Martina Bernasconi, Maria Berger-Coenen, Brigitta Gerber, Remo Gallacchi

d) Anzug betreffend elektronischer Zusand von Betreibungsregistrauszügen

12.5336.01

Für die Wohnungssuche aber auch für viele andere Handlungen im Zusammenhang mit der eigenen Person, sind heute Betreibungsregistrauszüge beizulegen.

Betreibungsregistrauszüge müssen gegen eine Gebühr beim Betreibungsamt abgeholt werden. Dieses Vorgehen scheint relativ veraltet zu sein, da insbesondere auch für viele Arbeitstätige oder Personen mit einer eingeschränkten Mobilitätsfähigkeit ein persönliches Erscheinen aus vielerlei Gründen erschwert ist. Zudem sind die Öffnungszeiten des Betreibungsamtes nicht unbedingt kundenfreundlich.

Die Anzugssteller bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, ob die Möglichkeit geschaffen werden kann, inskünftig eigene Betreibungsregistrauszüge elektronisch zu bestellen und elektronisch zugestellt zu erhalten.

Alexander Gröflin, Lorenz Nägelin

e) Anzug betreffend Möglichkeiten, den Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) in die Volksschule zu integrieren

12.5341.01

Der Kanton Basel-Stadt hat ein grosses Interesse daran, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bilinguale und interkulturelle Kompetenzen erwerben. Es ist auch unbestritten, dass der Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit im Bildungswesen leistet, weil damit zentrale sprachliche Kompetenzen von Kindern mit Migrationshintergrund gefördert werden und die Anerkennung des kulturellen Hintergrunds auch positive Auswirkung auf deren Integration hat. Kinder, die ihre Herkunftssprache gut beherrschen, haben eine gute Grundlage für den Erwerb der Deutschen Sprache und auch das Erlernen weiterer Fremdsprachen fällt ihnen oft leichter. Dies wird auch durch das Fremdsprachenkonzept bestätigt, an welchem sich die Sprachenpolitik des Erziehungsdepartementes orientiert.

Rund drei Viertel der angebotenen Herkunftssprachen werden von Elternvereinen der Migrantinnen und Migranten getragen und nicht von einem der rund 30 Herkunftsländer gesichert. Die von ihnen eingesetzten Schulleiterinnen und

-leiter und ihre Lehrpersonen leisten ihre Arbeit zu einem symbolischen Lohn, oft sogar ehrenamtlich. Die Eltern müssen einen Elternbeitrag entrichten, damit ihre Kinder den HSK-Kurs besuchen können.

Aber auch die Bedingungen für diejenigen HSK-Kurse, die ganz offiziell von Botschaften und Konsulaten der Herkunftsländer organisiert werden, geraten zunehmend unter Druck. Angesichts der volkswirtschaftlichen Krise haben Portugal und Griechenland ihr Engagement für die HSK-Kurse drastisch gekürzt und auch in Italien und Spanien sind ähnliche Massnahmen in Diskussion.

Die Umstellung des Basler Schulsystems gemäss HarmoS bedeutet für die Volksschule einen grösseren Systemwechsel. Dies wäre ein guter Zeitpunkt, um die Integration der HSK-Kurse voranzutreiben und damit diesen Kursen ein stabiles wirtschaftliches Fundament zu geben. Eine Integration der HSK-Kurse bedeutet auch eine Anerkennung der grossen Leistungen, die die Lehrpersonen, wie auch die organisierenden Elternorganisationen für unsere Gesellschaft erbringen. Ausserdem können die kantonalen Behörden die Qualität und den Inhalt der Kurse, sowie die Ausbildungsvoraussetzungen für die HSK-Lehrpersonen bestimmen, wenn die Kurse ein Teil des öffentlichen Schulangebots sind. Nicht zuletzt wäre dies auch eine Gelegenheit, die Vorreiterrolle, die der Kanton Basel-Stadt im Bereich der Sprachförderung einnimmt, zu festigen.

Aus diesen Gründen bitten die Unterzeichnenden die Regierung zu prüfen und zu berichten:

- wie der HSK-Unterricht so weit wie möglich in die öffentliche Schule integriert werden kann,
- welche Kosten eine Integration des HSK-Unterrichts in die Volksschule nach sich ziehen würde,
- welche finanzielle und ideelle Unterstützung von Seiten des Kantons möglich ist, damit der HSK-Unterricht der bisherigen Botschafts- und Konsulatskurse trotz Finanzkrise weiterhin und mindestens im bisherigen Umfang erteilt werden kann, solange die Integration in die öffentliche Schule noch nicht vollzogen ist,
- wie die finanziellen Bedingungen für die HSK-Kurse mit privater Trägerschaft (Elternvereine) verbessert werden können, solange die Integration in die öffentliche Schule noch nicht vollzogen ist.

Heidi Mück, Atilla Toptas, Sibylle Benz Hübner, Roland Engeler-Ohnemus, Esther Weber Lehner, Doris Gysin, Elisabeth Ackermann, Jürg Meyer, Christoph Wydler, Sibel Arslan, Bülent Pekerman, Talha Ugur Camlibel, Helen Schai-Zigerlig, Mustafa Atici, Annemarie Pfeifer, Martina Bernasconi

f) Anzug betreffend Stärkung der Universität Basel durch verbesserte Anreizsetzung in der Universitätsfinanzierung

12.5344.01

Die Universität Basel stellt einen zentralen Eckpfeiler unserer regionalen Standortattraktivität dar. Um attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und zu halten, gilt es sicherzustellen, dass unsere Universität international anerkannt ist und die benötigten Fachkräfte ausbildet. Die hierfür richtigen Anreize zu setzen ist Aufgabe der Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

Im 2013 wird der Leistungsauftrag an die Universität Basel für die Jahre 2014 - 2017 unterzeichnet werden. Es ist somit jetzt der richtige Zeitpunkt zu prüfen, ob die Leistungsindikatoren aus den Jahren 2010 - 2013 die eingangs genannten Kriterien erfüllen.

Eine Evaluierung des Leistungsauftrags 2010 - 2013 zeigt, dass ausgehend von einer soliden Basis, eine Optimierung möglich ist. Es wird angeregt, dass die gewählten Leistungsindikatoren zum einen besser an den ob genannten Zielen ausgerichtet werden. Zum anderen ist zu prüfen, ob eine verbesserte Leistung Voraussetzung für eine Budgeterhöhung sein könnten oder müssten.

Im Hinblick auf die Ziele "internationale Anerkennung" und "Ausbildung benötigter Fachkräfte" werden zwei objektiv messbare Leistungsindikatoren vorgeschlagen:

1. Als Indikator für internationale Anerkennung bzw. wissenschaftliche Leistungen bieten sich anerkannte Universitätsrankings an. Diese können im Ranking-Forum der Schweizerischen Universitäten eingesehen und sachgerecht ausgesucht werden. Steigt die Universität Basel in den gewählten Rankings, ist dies ein Grund, das Globalbudget zu erhöhen, wenn nicht, ein Grund es stabil zu halten.
2. Als Indikator für die Ausbildung benötigter Fachkräfte bietet sich die seit 2002 durchgeführte Absolventenbefragung an. Diese kann auf der Homepage des Bundesamts für Statistik eingesehen werden. Ihre Resultate können auf die Nordwestschweiz herunter gebrochen werden. Der Einfluss der Konjunktur kann statistisch kontrolliert, Verzerrungen somit vermieden werden. Steigt die Berufseintrittsquote (Anteil der zum Zeitpunkt der Befragung qualifiziert erwerbstätigen Hochschulabsolventen), ist dies ein Grund, das Globalbudget zur erhöhen; wenn nicht, ein Grund es stabil zu halten.

Der Unterzeichnete bittet den Regierungsrat, diesen Vorschlag für verbesserte Anreize in der Universitätsfinanzierung zu prüfen und aufzuzeigen, wie dessen Stossrichtung in den Leistungsauftrag an die Universität Basel für die Jahre 2014 - 2017 einfließen können. Da die Unterzeichnung des Leistungsauftrags für April 2013 erwartet wird, wird um Berichterstattung bis Ende Februar 2013 gebeten.

Urs Schweizer

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 113 öffentlichen Auftritten von Verwaltungs-Mitarbeitenden am Beispiel CentralParkBasel

12.5338.01

Der Verein CentralParkBasel organisiert(e) am 23.11.2012 ein öffentliches Forum zu Potentialen, Visionen und Planungen im Umfeld des Bahnhof SBB. Geplant war ein Podium zum Thema: "Wie weiter am Bahnhof-Neuland?" Neben Architekten, Quartierverbänden, Pro Innenstadt, Gewerbeverband und SBB wurden auch der Leiter der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung im Präsidialdepartement und der Leiter Stadtgärtnerei angefragt. Nach einer anfänglichen Zusage, mussten diese wieder absagen. Es sei ein Regierungsentscheid, dass an diesem Podium keine Verwaltungsangestellten teilnehmen dürfen, da es sich beim Verein CentralParkBasel um ein politisches Projekt handle (vgl. Telebasel, 13.11.12, 7vor7).

Ich bitte den Regierungsrat, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Trifft die Begründung gemäss Telebasel zu, dass die Verwaltungsangestellten nicht teilnehmen durften, weil es beim Verein CentralParkBasel um ein politisches Projekt geht? Oder wie wird die erzwungene Absage an der Podiumsteilnahme sonst begründet?
2. Inwiefern dürfen sich Verwaltungsangestellte prinzipiell nicht offiziell zu politischen Themen äussern?
3. Wie soll über Projekte in der Öffentlichkeit diskutiert werden, wie soll man sich eine eigene Meinung bilden können, wenn gewisse Fachpersonen aus der Verwaltung ihr Fachwissen nicht einbringen dürfen?
4. Vergleicht man die beiden Basler Gross-Projekte CentalParkBasel und "Rheinhatten" (ein Projekt der IBA, das grosse offizielle Unterstützung genießt), scheint es ein Missverhältnis zu geben. Beim Projekt Rheinhatten gibt es meines Wissens keine Einschränkung bei öffentlichen Auftritten für Verwaltungsangestellte. Gibt es ausser dem CentralParkBasel ähnliche/weitere Beispiele, wo Verwaltungsangestellte sich zu gewissen Themen nicht öffentlich äussern durften oder ist dieses Beispiel ein Unikum?

Martina Bernasconi

b) Interpellation Nr. 114 betreffend Wahrung der Verhältnismässigkeit des Eingriffs in die persönliche Freiheit beim Anordnen und Verlängern von Untersuchungs- und Sicherheitshaft

12.5345.01

Die Anordnung und Verlängerung von Sicherheits- und Untersuchungshaft greift tief in das Leben der betroffenen Menschen ein. Vor allem fördern solche Entscheide die soziale Isolierung und gefährden die beruflichen Lebensgrundlagen. Besonders schwer wirkt sich dies bei Ermittlungen wegen kleiner und mittlerer Straftaten aus. Denn wenn höchstens Geldstrafen oder bedingte Freiheitsstrafen zu erwarten sind, kann das Übel des Freiheitsentzugs nicht durch die Anrechnung der Haft an die Strafe aufgewogen werden. Folgt der Verhaftung schliesslich der Freispruch, so kann oft trotz der Entschädigung die Beeinträchtigung der Lebensgrundlagen nicht mehr rückgängig gemacht werden. In der bundesgerichtlichen Rechtsprechung gilt drohende "Überhaft" als besonderer Grund, um die Entlassung aus der Haft mindestens nahezu legen.

Aus solchen Gründen wird in Artikel 5 der Eidgenössischen Strafprozessordnung, in kraft seit 1. Januar 2011, nicht nur die Beschleunigung aller Strafverfahren vorgeschrieben. Bezüglich Untersuchungs- und Sicherheitshaft wird zusätzlich festgesetzt, dass die davon betroffenen Strafverfahren vordringlich durchgezogen werden müssen. In Artikel 221 der Strafprozessordnung werden die Bedingungen der Haft aufgeführt. Zu den wichtigsten Voraussetzungen der Haft gehören die Gefahren der Einwirkung auf die Beweismittel durch die Täterperson sowie der Flucht. Die Fortsetzungsgefahr kann die Haft nur rechtfertigen, wenn die angeschuldigte Person durch schwere Verbrechen und Vergehen die Sicherheit Anderer erheblich gefährdet, nachdem sie bereits früher gleichartige Straftaten verübt hat. Je länger die Haft fort dauert, umso mehr stellt sich die Frage, ob sie im Hinblick auf die drohenden Gefahren noch verhältnismässig ist.

Richtigerweise muss das Zwangsmassnahmengericht den Haftentscheid innert 48 Stunden fällen. Doch gewährt die eidgenössische Strafprozessordnung gemäss Artikel 227 den langen Zeitraum von bis zu 3 Monaten, ehe ein neues Haftverlängerungsgesuch durch die Staatsanwaltschaft gestellt werden muss. Wie die Tageswoche am 19. Oktober 2012 feststellte, wird dieser Zeitraum zu automatisch ausgeschöpft. Gemäss alter kantonaler Strafprozessordnung musste das Gesuch um Haftverlängerung bereits nach einem Monat gestellt werden. Die Probleme der langen Haft bestanden auch im Falle des jungen politischen Aktivisten, der in Basel-Stadt am 3. Juni 2012 wegen Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte, Landfriedensbruch, einfacher Körperverletzung, Sachbeschädigung festgenommen wurde. Er wurde erst am 12. November 2012 von der Staatsanwaltschaft wieder freigelassen. Das Bundesgericht bestätigte die Untersuchungshaft mit seinem Urteil vom 2. Oktober 2012, ermahnte aber die Staatsanwaltschaft dringend zur Beschleunigung des Verfahrens. Bereits anlässlich der Verhandlung des Appellationsgerichts am 16. August 2012 galt die Straf Untersuchung als abgeschlossen. Die Haft wurde mit der Fortsetzungsgefahr begründet. Das Bundesgericht hielt in seinem Urteil die in Aussicht stehende Anklage sowie die Vorstrafen von 40 Tagessätzen bedingt und 40 Tagessätzen unbedingt wegen ähnlicher Straftaten als ausreichend, um eine solche Fortsetzungsgefahr zu begründen.

Im Hinblick auf die Grundrechte der persönlichen Freiheit gemäss Artikel 10, 31 und 32 der Bundesverfassung müssen kantonale Handlungsspielräume bestehen, um die Regelungen der eidgenössischen Strafprozessordnung zu präzisieren. In diesem Sinne wird der Regierungsrat ersucht, zu prüfen und zu berichten, wie durch Weisungen an die Staatsanwaltschaft, sowie durch Ergänzungen des kantonalen Gesetzes über die Einführung der eidgenössischen Strafprozessordnung Überhaft verhindert und der Rechtsschutz verhafteter Personen verbessert werden kann. So kann eine regelmässige Überprüfung der Haft unter Mitwirkung des Betroffenen und dessen Verteidigers, mindestens in Abständen von 30 Tagen, vorgeschrieben werden. Im Hinblick auf das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959, das Europäische Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 sowie im Hinblick auf deren Ergänzungen in bilateralen Verträgen, vor allem mit Deutschland, Österreich und Frankreich, muss auch die Frage gestellt werden, ob als Folge dieser verbesserten internationalen Zusammenarbeit auch die Haftgründe der Fluchtgefahr eingeschränkt werden können. Vor allem dürfen Ermittlungsverfahren während der Untersuchungshaft nicht über längere Zeiten hinweg ruhen, wie dies im Falle des erwähnten politischen Aktivisten geschehen ist.

Jürg Meyer

c) Interpellation Nr. 115 betreffend Kundenfreundlichere IWB oder Rückvergütung an den Kanton BS?

12.5348.01

Am 15.11.2012 informierte das Bundesamt für Metrologie (METAS), dass bei einem bestimmten Stromzähler des Herstellers Iskraemeco zu beträchtlichen Fehlmessungen kommen kann. Nach Schätzungen der METAS sind ungefähr 3% der Zähler von diesem Fehler betroffen, die im Zeitraum 2004 - 2006 verbaut wurden. Dieser Zähler wurde nach Angaben der IWB auch in Basel zahlreich installiert (ca 12'000 Stk).

Die IWB informierte die betroffenen Eigentümer/Mieter in einem Brief über die möglichen Fehlmessungen von bis zu 300%. Um heraus zu finden, ob ein installierter Zähler von den Fehlmessungen betroffen ist, empfiehlt die IWB den Eigentümern/Mieter die Rechnungen seit 2004 zu vergleichen. Sie weist auch auf die Möglichkeit einer Nachprüfung durch eine unabhängige Stelle hin, wie sie in der Messmittelverordnung vorgesehen ist. Allerdings übernimmt die IWB diese Kosten mit Verweis auf Artikel 29 der Messmittelverordnung nur, falls der Zähler tatsächlich falsch misst. Ansonsten muss der Kunde die Kosten für die Nachmessung übernehmen. Dies ist nicht gerade kundenfreundlich.

Eine Fehlmessung von 300% ist gravierend. Aber bereits Fehlmessungen von >5% sind aus Sicht des Interpellanten nicht akzeptabel. Wenn man den Verbrauch der letzten Jahre mit einer älteren Rechnung tatsächlich durchführen kann, fällt ein Mehrverbrauch von gegen 300% vielleicht noch auf, nicht jedoch ein Messfehler in der Grössenordnung von 5-75%. Beim Vergleichen des Interpellanten mit eigenen Rechnungen fällt auf, dass der Jahresverbrauch beträchtlich schwanken kann (wegen besonderer Umstände, aber auch wegen unterschiedlicher Ablesedaten).

Alle Mieter/Eigentümer, die die Wohnung/Liegenschaft erst nach 2004/2006 bezogen haben, haben keinerlei Möglichkeit den Verbrauch einzuschätzen. Auch ein Vergleich mit einem anderen Standort ist schwierig, da der Verbrauch von vielen Komponenten abhängig ist und je nach Objekt stark unterschiedlich sein kann. Zudem erstaunt die Anweisung zum Vergleich der Rechnungen schon allein deshalb, da die IWB auf diese Daten für jeden Zähler/ Liegenschaft/ Wohnung zugreifen kann und eine solche "Überprüfung" selbstständig vornehmen könnte.

Aufgrund des Risikos der Übernahme der Kosten von rund CHF 350 für die Nachprüfung und der doch eher unwahrscheinlichen Rückvergütung aufgrund von Fehlmessungen im Bereich von einigen hundert bis zu mehreren tausend Franken bei normalen Haushalten, entsteht der Eindruck, dass die IWB insgeheim hoffen, nicht viele Nachprüfungen durchführen zu müssen und die in der Medienmitteilung erwähnte Nadel im Heuhaufen gar nicht finden wollen.

Wird angenommen, dass die vermuteten 360 fehlerhaften Zähler im Durchschnitt rund einen Jahresverbrauch eines durchschnittlichen Haushalts (5000kWh/a) zu viel gemessen haben, zahlten die betroffenen Kunden in den letzten sechs Jahren rund CHF 2.5Mio zuviel (davon rund 1/3 als Abgaben an den Kanton).

Ebenfalls kundenunfreundlich ist, dass nach dem für Januar versprochenen Wechsel des Zählers eine Rückvergütung nicht mehr möglich ist, falls man sich einen dann festgestellten Minderverbrauch nicht erklären kann.

Ich bin deshalb dem Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen dankbar:

- Der Artikel 29 der Messmittelverordnung bezieht sich auf die Möglichkeit ein geeichtes Messmittel einer Nachprüfung zu unterziehen. Ist bei einem Zähler der mit einer Wahrscheinlichkeit von 3% Fehlergebnisse bis zu 300%, liefert, noch von einem "geechten" Gerät auszugehen, so dass der Artikel 29 überhaupt zu Anwendung kommen kann?
- Inwiefern wäre der Kanton Basel-Stadt betroffen, falls ein möglicherweise betroffener Kunde vor Gericht Recht erhält und die IWB die Nachprüfungen in jedem Fall übernehmen muss, da Artikel 29 der Messmittelverordnung in einem solchen Fall nicht zur Anwendung kommt?
- Sind die durch die METAS festgestellten Fehlmessungen bei den betroffenen Stromzählern immer massiv, oder treten auch Abweichungen im Bereich von 5-100% auf? Wenn ja, mit welcher Verteilung?
- Beinhaltet die Annahme von 3% fehlerhafter Geräte nur die massiven Abweichungen oder sind in dieser Annahme auch alle Abweichungen im Bereich von 5-100% enthalten?
- Sollten die IWB nicht angehalten werden, die geschätzten Einnahmen für die zu viel verkaufte Energie, die nicht an Kunden zurückgezahlt werden können, an den Kanton Basel-Stadt zu überweisen oder alternativ in einen Energieförderfonds einzuzahlen?
- Wie sollen ab 2006 eingezogene Bezüger beurteilen, ob ihr Stromzähler falsche Messresultate liefert?
- Sollten die IWB nicht die Kosten für die Nachprüfungen in allen Fällen ohne Vergleichsmöglichkeiten (nach 2006 eingezogene Bezüger) übernehmen? Eventuell mit Regress auf den Lieferanten?
- Ist eine Überprüfung der Messgenauigkeit aller möglicherweise betroffenen Stromzähler im Rahmen des Ersatzvorganges nicht möglich bzw. was würde dies kosten?
- Hätte die IWB den Vergleich des Stromkonsums pro Wohnung/Haus nicht selbst durchführen können oder zumindest die Jahresverbräuche der letzten Jahre in ihrem Schreiben auch gerade angeben können (inklusive Daten von vorher installierten Zählern)?
- Sollte den Kunden bei festgestelltem deutlichem Minderverbrauch (ohne ersichtlichen Grund) nach Ersatz der aktuellen Zähler nicht eine Rückvergütung ermöglicht werden?

Christian Egeler

d) Interpellation Nr. 116 zu Geschäften mit grossem Schadenspotential bei der Basler Kantonalbank, insbesondere zum Handel mit strukturierten Produkten

12.5351.01

Die Basler Kantonalbank musste mehrere Vorfälle von zu geringem Risikobewusstsein verzeichnen (US-Kunden, ASE-Problem). Dabei ist in der Diskussion bisher übersehen worden, dass die BKB Geschäfte macht, die ein viel grösseres Schadenpotential haben. Allen voran ist die Ausgabe von strukturierten Produkten zu nennen. Strukturierte Produkte sind komplexe Finanzpapiere, in denen verschiedene Risiken „verpackt“ und weiter verkauft werden. Unter anderem hat der Ausfall von solchen strukturierten Produkten im Jahr 2008 zum Bankrott der Investmentbank Lehman Brothers geführt und die weltweite Finanzkrise mit ausgelöst. Weil der Herausgeber der Produkte für diese haftet, gibt die Staatsgarantie in diesem Geschäft der BKB einen Wettbewerbsvorteil. Es gibt nur wenige Emittenten mit einem AA+ Rating, wie die BKB eines hat. Die Staatsgarantie ist also das Top-Verkaufsargument der BKB für solche Produkte und wird auf sämtlichen Termsheets prominent hervorgehoben.

Dafür war die Staatsgarantie aber nie gedacht. Die BKB emittiert diese Produkte via die BKB Finance Ltd. mit Sitz in der Steueroase Guernsey. Gemäss Informationen des Interpellanten beträgt das Kontraktvolumen über 100 Milliarden Franken (!). Neben den strukturierten Produkten sind auch Grosskredite (bilaterale Limiten, Konsortialkrediten, Club Deals) sowie der Eigenhandel, d.h. der Handel mit Wertschriften auf eigene Rechnung und eigenes Risiko, als in Frage zu stellende Geschäfte zu nennen.

Der Regierungsrat wird bald die Änderung des BKB Gesetzes in die Vernehmlassung schicken. Zudem steht die Entscheidung über die Neuwahl des Bankrats an. Dies sind wichtige Weichenstellungen. Die Grossrätinnen und Grossräte haben keine Möglichkeit, Auskünfte zur BKB vom Bankrat zu erhalten. Gemäss Kantonalbankengesetz (§17 Abs.3) „vermittelt“ jedoch der Regierungsrat „den Verkehr“ zwischen Grosse Rat und Bankrat. Vor diesem Hintergrund möchte der Interpellant mehr Informationen über die Haltung des Bankrats und des Regierungsrats zu folgenden Fragen:

1. a) Ist es richtig, dass die BKB strukturierte Produkte im Werte von über 100 Milliarden ausgegeben hat?
b) Wie hoch ist der Betrag genau aktuell?
2. Bei Ausfall des strukturierten Produkts haftet der Emittent (siehe Lehman Brothers).
a) Welche finanzielle Belastung käme auf den Kanton zu, wenn nur 10% der von der Kantonalbank über ihre Finanzgesellschaft in Guernsey ausgegebenen Papiere ausfallen würden und die BKB die Verluste tragen müsste?
b) Welche Folgen hätte ein solcher Schaden für den Kanton Basel-Stadt?
3. a) Findet es der Regierungsrat richtig, dass die BKB die Staatsgarantie zu Hilfe nimmt, um mit einem Marktvorteil strukturierte Produkte in gigantischem Ausmass auszugeben?
b) Findet es der Regierungsrat verantwortlich, dass dazu Steuergelder ins Risiko genommen werden?
4. a) Wie stellt sich der Bankrat dazu? Befürwortet der Bankrat bewusst und explizit die Ausgabe von strukturierten Produkten in diesem gigantischen Ausmass?
b) Ist die Meinung im Bankrat dazu einhellig oder gibt es eine Minderheit, die dagegen ist?
5. Gemäss Kantonalbankengesetz (§7 Abs. 2) sind der BKB „besonders riskante Geschäftsarten“ untersagt. Der Regierungsrat muss die Einhaltung der kantonalrechtlichen Vorschriften über die Kantonalbank überwachen (§17 Abs. 1), also auch §7. Taxiert der Regierungsrat die Ausgabe von strukturierten Produkten in diesem Ausmass nicht als besonders riskante Geschäftsart im Sinne des Gesetzes? Wenn Nein, warum nicht? Wenn doch, warum ist er nicht dagegen eingeschritten?
6. a) Findet der Regierungsrat, es sei richtig und Aufgabe unserer Kantonalbank, an börsenkotierte Unternehmen in der ganzen Schweiz Grosskredite zu vergeben und dazu Steuergelder ins Risiko zu nehmen?
b) Beschränkt sich dieses Geschäft auf die Schweiz?
c) Wie stellt sich der Bankrat dazu? Befürwortet der Bankrat bewusst und explizit die Ausgabe von Grosskrediten?
d) Ist die Meinung im Bankrat dazu einhellig oder gibt es eine Minderheit, die dagegen ist?
7. a) Findet es der Regierungsrat richtig und Aufgabe unserer Kantonalbank, dass sie Eigenhandel betreibt und dazu Steuergelder ins Risiko nimmt?
b) Welchen Umfang nimmt dieser Eigenhandel ein?
c) Wie stellt sich der Bankrat dazu? Befürwortet der Bankrat bewusst und explizit den Eigenhandel?
d) Ist die Meinung im Bankrat dazu einhellig oder gibt es eine Minderheit, die dagegen ist?

David Wüest-Rudin

e) Interpellation Nr. 117 betreffend "Basel Peace Office"

12.5353.01

Am 16./17.11.2012 wurde in Basel das "Basel Peace Office" eröffnet. Das Ziel des Zwei-Mann-Betriebs ist - gemäss eigenen Aussagen - der "Weltfrieden". Die Friedensförderung soll betrieben werden, indem das Büro auf die weltweite atomare Abrüstung hinwirkt.

Präsident des Büros ist der Radiologe Andreas Nidecker, welcher gemeinsam mit Regierungspräsident Morin Mitglied des Schweizer Ablegers der "Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges" ist. Gemäss Aussage von Regierungspräsident Morin gegenüber der Zeitung "DER SONNTAG" vom 11.11.2012 soll das "Basel Peace Office" durch den Kanton mit einem einmaligen Betrag von CHF 50'000 unterstützt werden. Andreas Nidecker spricht jedoch von CHF 150'000 für die kommenden drei Jahre, zudem soll der Stv. Generalsekretär des PD, Markus Ritter, weitere CHF 150'000 in Aussicht gestellt haben.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gehört aus Sicht des Regierungsrates das sicherlich lobenswerte Ziel der atomaren Abrüstung zur Sicherung des Weltfriedens zu den Aufgaben eines Kantons und ist eine diesbezügliche finanzielle Unterstützung einer privaten Institution sinnvoll?
2. Ist der Regierungsrat nicht auch der Ansicht, dass es sich hier vielmehr um ein weltpolitisches Anliegen handelt, welches in der kantonalen Verwaltung nichts zu suchen hat?

3. Welchen Betrag wurde durch den Regierungsrat für das "Basel Peace Office" gesprochen und über welche Dienststelle wird diese Unterstützung garantiert?
4. Handelt es sich dabei, wie von Regierungspräsident Morin im "DER SONNTAG" festgehalten, um einen einmaligen Betrag oder um eine wiederkehrende Summe?
5. Wie erklärt sich der Regierungsrat die Finanzierungs-Differenz zwischen den Aussagen von Regierungspräsident Morin und dem Präsidenten des "Basel Peace Office"?
6. Wurden gegenüber dem "Basel Peace Office" weitere (Finanzierungs-)Zusagen gemacht?

Ernst Mutschler

Schriftliche Anfragen

a) Schriftliche Anfrage betreffend Autobahnsignalisation Richtung Huningue

12.5356.01

Auf der Nordtangente werden Autofahrende Richtung Huningue über die Ausfahrt Fabrikstrasse zum Voltapplatz und dann über die Elässerstrasse zum Lysbüchel auf die neue Strasse Richtung Huningue gelenkt. Im Rahmen der Diskussion über die Funktion der Nordtangente wurde immer wieder betont und versichert, dass der Autoverkehr auf die Autobahn "kanalisiert" werde. Dabei soll er über diejenige Autobahnabfahrt gewiesen werden, die am nächsten zum Ziel ist. Für die Elässerstrasse, ab Voltapplatz, wurde eine massive Verkehrsabnahme prognostiziert. Eine Signalisation über die Ausfahrt Fabrikstrasse widerspricht in jeder Beziehung diesen früheren Versprechen und trägt dazu bei, dass der schon arg belastete Knoten Fabrikstrasse (Zu- und Wegfahrt Novartis) und der Voltapplatz überlastet werden. Sie widerspricht auch dem Versprechen, den Autoverkehr in der äusseren Elässerstrasse zu reduzieren. Nun steht bald die Sanierung der Elässerstrasse an. Dies ist die Gelegenheit, die Signalisation zu ändern, so dass der Autoverkehr über die Autobahn zur F-Grenze und danach auf der A35 bis zur Ausfahrt St. Louis über die D105 nach Huningue geführt wird. Kurzfristig könnte der Autoverkehr über den Anschluss Grenze und die Schlachthofverbindung signalisiert werden.

Ich bitte deshalb die Regierung zu prüfen und zu berichten ob die Signalisation auf der Autobahn Nordtangente Richtung Huningue im Sinne der Quartierentlastung geändert werden kann.

Jörg Vitelli

b) Schriftliche Anfrage betreffend Basels "leerster" Veloparkplatz

12.5357.01

Vor einigen Wochen wurde vor der Liegenschaft Rufacherstrasse 36 ein weisses Parkfeld in ein Parkfeld für Velos und Motos ummarkiert. Um ein unerlaubtes Parkieren von vierrädrigen Fahrzeugen zu verhindern, wurde das Feld mit Metallbügeln "verschönert".

Seit "Eröffnung" dieses Parkfeldes wurde dort allerdings noch nie ein abgestelltes Zweirad gesichtet. Dies ist kein Wunder, befindet sich auf der gegenüberliegenden Seite der Kreuzung Rufacherstrasse-Stöberstrasse - und damit in knapp 20 m Entfernung - bereits ein eher schlecht genutztes Parkfeld für Zweiräder. Ein weiteres, grosses Parkfeld für Zweiräder besteht in der Bündnerstrasse ebenfalls nur wenige Meter entfernt. Kommt hinzu, dass in der näheren Umgebung hauptsächlich Einfamilienhäuser sind, deren Bewohnerschaft es logischerweise vorzieht, ihre Zweiräder im eigenen Vorgarten vor Regen und Diebstahl besser geschützt abzustellen. Hingegen vermissen die Anwohnenden nun eine weitere Parkiermöglichkeit für ihr Familienauto in einer Gegend, in der ohnehin Knappheit an Parkraum herrscht. Eine Knappheit, die - vor allem in den Abend- und Nachtstunden - für zusätzlichen Suchverkehr und damit Lärmbelastung für die Anwohnenden verantwortlich ist.

Dazu stellen sich folgende Fragen:

1. Warum wurde gerade in diesem mit Parkiermöglichkeiten für Zweiräder übersorgten Gebiet ein weiteres solches Parkfeld geschaffen?
2. Nach welchen Kriterien wird der Standort von Parkfeldern für Zweiräder bestimmt?
3. Wird die Nutzung solcher Parkfelder nach einer gewissen Zeit überprüft und die geographische Verteilung ggf. angepasst?
4. Besteht Aussicht, das restlos unnötige Parkfeld vor der Rufacherstrasse 36 wieder umzuwidmen?

Christine Wirz-von Planta